

## SHORT NEWS

**L'Europe contre le tourisme social**

(lc) - Il semble que la justice - du moins la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) siégeant au Kirchberg - donne raison aux populistes européens qui vont à la pêche aux voix en brandissant la menace d'une immigration massive dans les systèmes sociaux. Une menace qui d'ailleurs ne tient pas le coup face aux chiffres réels. Dans ses conclusions dans l'affaire « Elisabeta Dano et Florin Dano/Jobcenter Leipzig », l'avocat général Melchior Wathelet donne raison à l'Etat allemand, qui avait refusé d'accorder des prestations à la plaignante. La Cour n'a pas encore tranché, mais sauf grande surprise, elle devrait suivre les conclusions de Wathelet. Certes, le cas Dano est spécial dans le sens où la ressortissante roumaine, sans emploi ni expérience ou formation, n'avait pas manifesté l'intention de se procurer un travail pour subvenir à ses besoins et à ceux de son fils, né en Allemagne. Pourtant, la conclusion pourrait avoir des conséquences néfastes - outre le fait qu'elle fait jubiler l'extrême droite, la droite et même Angela Merkel - pour les migrants dans l'Union. Car Wathelet n'inclut pas seulement dans son argumentation les personnes réticentes à la recherche d'un travail, mais aussi celles qui quittent leur patrie à la recherche d'un moyen de subvenir à leurs besoins. Car « l'avocat général observe en outre que le critère retenu par l'Allemagne (à savoir une arrivée sur le territoire allemand uniquement motivée par la recherche d'un emploi ou par l'obtention de l'aide sociale) est de nature à démontrer l'absence de lien réel avec le territoire de l'Etat membre d'accueil ainsi que le défaut d'intégration dans celui-ci ». Une ligne de pensée qui risque de sanctionner les secteurs économiques déjà dépendants de main-d'oeuvre étrangère, qui, elle, est souvent tenue à carreau dans des contrats à durée déterminée et précaires. Dans le même registre, un autre avocat général de la CJUE a donné son avis sur une affaire opposant une famille anglo-irlando-colombienne à l'Etat anglais - qui chicanait un membre de la famille de nationalité colombienne, mais bénéficiant d'une « carte de séjour membre de la famille d'un citoyen de l'Union » à chaque entrée et sortie de son territoire, fréquentes vu que la famille vit en Espagne et en Angleterre. Dans ce cas, l'Etat anglais a été sommé de respecter la carte de séjour. On peut donc conclure qu'en Europe, il y a bien une libre circulation - à condition de ne pas être un indigent.

woxx@home

**Kalendernotstand**

Vor gut acht Wochen hat es die Verantwortliche für den woxx-Kalender erwischt: Beim Werkeln im heimischen Biogarten stürzte sie unglücklich und brach sich das linke Handgelenk - mit der Folge einer lang andauernden Krankmeldung. Seitdem herrscht in der kleinen woxx-Redaktion so etwas wie der absolute Notstand. Nur mit Mühe konnten sich die nahen und fernen MitarbeiterInnen in die Gepflogenheiten der hiesigen Kultur- und Politzszenen einarbeiten, um die oftmals kryptischen Veranstaltungshinweise chronologisch und geografisch korrekt einzuordnen. Der eine oder andere Fehler war nicht zu vermeiden, und alle hoffen auf die Rückkehr der Kollegin, der wir von hier aus nicht ganz uneigennützig gute Besserung wünschen. Sie ist inzwischen von Gips und Nägeln befreit, doch wann sie mit ihren beiden Händen wieder voll in die Tastatur hauen kann, wird sich noch zeigen. Der Notstand geht vorerst noch in eine kleine Verlängerung. Wir bitten deshalb um Nachsicht, sollte auch in den nächsten Wochen die eine oder andere Veranstaltung verunstatet werden.

## AKTUELL

RUE DE STRASBOURG

**Problemverlagerung**

Anina Valle Thiele

**Auf Prostitution und Drogenhandel im Bahnhofsviertel reagiert der Schöfferrat mit einem Fahrverbot. Ob die Maßnahme dazu beiträgt, die Situation zu verbessern, ist zweifelhaft.**

„Die Stadt Luxemburg will künftig verstärkt gegen die Ausbreitung von Prostitution und Drogenhandel im Bahnhofsviertel vorgehen“ gab Bürgermeisterin Lydie Polfer am vergangenen Mittwoch beim City-Breakfast bekannt. Der Schöfferrat reagiert damit auf die seit langem bestehenden Klagen der AnwohnerInnen. Fortan sollen einige Straßen des Viertels nachts kurzerhand gesperrt werden. Bereits ab kommenden Freitag ist zwischen 19 und 6 Uhr das Gebiet der Rue Heldenstein und jeweils ein Teil der Rue de la Fonderie und der verruchten Rue de Strasbourg für alle, außer für die Anrainer, gesperrt. „Wir können nicht weiter zusehen“ rechtfertigte Bürgermeisterin Lydie Polfer die Kurzschluss-Maßnahme des Schöfferrats. Freilich handele es sich nur um eine provisorische Lösung, so die Bürgermeisterin, gemeinsam mit Justiz und Polizei wolle man sich weitere Maßnahmen überlegen. Bereits im September vergangenen Jahres hatte es ein Treffen zwischen AnwohnerInnen, Polizei und dem Bürgermeister gegeben, bei dem die Wellen hochschlugen. Empörte BewohnerInnen der Rue de Strasbourg beschwerten sich über nächtlichen Lärm, die Sichtbarkeit von Prostitution in ihrem Viertel und gebrauchte Nadeln in ihren Hausfluren. Friedlich verständigte man sich schließlich darauf, regelmäßige Treffen abzuhalten, um darüber zu beraten, wie man das Problem angehen könnte. Auch Ex-Bürgermeister Bettel gab sich da noch verständig und kompromissbereit - schließlich war Wahlkampf. Die Polizeipräsenz wurde um drei Wachposten aufgestockt, die Putzwagen fuhren in den Wochen danach öfter durch die Straßen des Viertels als vorher. Das genügte, die Gemüter fürs Erste zu beruhigen. Wirklich verbessert hat sich die Situation seitdem jedoch nicht.

Und nun das: eine Straßensperre wie im Bürgerkrieg. Mit dieser unbeholfenen Taktik mag man erreichen, dass Prostitution und Drogenhandel nicht mehr im selben Maße im Straßenbild sichtbar sind, an den Problemen selbst ändert sich damit nichts. Dabei hieß es im Koalitions-

programm der Regierung noch, man wolle dem Gewerbe der Prostitution einen legalen Rahmen geben und die Frauen müssten besser sozial abgesichert werden. Doch Angst und Vorurteile der wohlhabenden BürgerInnen und ihre Stimmen scheinen der DP wichtiger als konstruktive Lösungen, die die Situation der Sex-ArbeiterInnen konkret verbessern. Städte im Nachbarland, Köln zum Beispiel, haben vorgemacht, wie man dem Gewerbe durch eine „Sexsteuer“ und ein infrastrukturelles Angebot einen legalen Rahmen geben und zugleich dem Haushalt nützen kann. Solange aber nicht über solche konstruktiven Lösungen nachgedacht wird, dürfte der schwelende Konflikt in der Straßburger Straße vor allem zur Folge haben, dass der Frust der AnwohnerInnen stetig wächst und die Lokalpolitik einen Imageschaden erleidet.

**Keine konstruktive Lösung in Sicht**

Letzteres zu Recht, denn an die Verbesserung der sozialen Probleme der Bevölkerung wird gar nicht erst gedacht, geht es doch allein darum, Drogenhandel und Prostitution aus dem Stadtbild zu tilgen. Xavier Bettel hatte sich vor gut einem halben Jahr bei der Bürgerversammlung noch geduldig die Klagen der AnwohnerInnen angehört und eine Verbesserung versprochen. Nun, da er über das (inter) nationale Politikparkett schwebt und fleißig Hände schüttelt, ist das Problem seiner Nachfolgerin überlassen. Die verspricht, es gemeinsam mit Justiz und Polizei anzugehen. Doch wie es angepackt werden soll, ist unklar. Nur eins ist bis dato bekannt: bis Ende des Jahres soll das Hauptkommissariat in der Rue Glesener auf Verlorenkost umziehen. Nur ein kleines Kommissariat mit zwölf Beamten soll am Standort erhalten bleiben. Die Probleme aber bestehen fort. Wo kein Konzept vorhanden ist, den Drogenhandel einzudämmen und die Situation der Prostituierten zu verbessern, werden die Probleme kurzerhand verlagert. Das Fahrverbot ist somit nur Ausdruck der Ohnmacht und des Mangels an wirklichen Alternativen. Drogenhandel und Prostitution werden nur zeitweise aus dem Stadtbild entfernt. Soziale Lösungen sehen anders aus.